

## Herbsttagung des Fachverbandes der Kämmerer in NRW am 18.10.2007 in Velbert

Unter der Überschrift „KiBiz (Kinderbildungsgesetz) und GFG (Gemeindefinanzierungsgesetz) 2008,“ fand die traditionelle Herbsttagung des NRW-Kämmererverbandes am 18.10.2007 im Forum Niederberg in Velbert statt. Versammelt hatten sich rund 180 Kämmerer aus Gemeinden, Städten und Kreisen des Landes. Der 1. Stellv. Vorsitzende *Rainer Strotmeier*, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer von Lippstadt, konnte zudem zahlreiche Gäste aus den einschlägigen Landesministerien, den Regierungspräsidien und kommunalen Verbänden, aber auch von interessierten Banken begrüßen. In ihrer Begrüßungsrede in Vertretung des terminlich verhinderten Bürgermeisters *Stefan Freitag* hieß *Mechthild A. Stock*, Stadtkämmererin von Velbert und Vorstandsmitglied des Kämmererverbandes, alle Teilnehmer in Velbert herzlich Willkommen. Sie erläuterte die wirtschaftliche und geschichtliche Entwicklung von Velbert, einer Stadt, sehr günstig gelegen im Kreis Mettmann zwischen den Städten Düsseldorf, Essen und Wuppertal. Velbert ist eine Stadt, die sich in Europa seit über 300 Jahren einen Namen als Herkunftsort von Schlössern und Beschlägen gemacht hat. Die Region Velbert und Heiligenhaus ist ein weltweit einmaliger Kompetenzstandort für Schließ-, Sicherungs- und Beschlagtechnik.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden *Ernst Schneider* (Solingen), der nun die Sitzungsleitung übernahm, erläuterte Familienminister *Armin Laschet* das neue Kinderbildungsgesetz des Landes Nordrhein- Westfalen. Die Landesregierung sei angetreten, NRW zum Land der neuen Chancen und zum kinder- und familienfreundlichsten Land in Deutschland zu machen, so der Minister. Mit dem neuen Gesetz, dem „KiBiz“, soll der Ausbau des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige voran gebracht werden und die frühe Bildung und Förderung von Kindern verbessert werden. Die Angebote sollen passgenauer und flexibler gestalten werden, damit für Eltern die Nutzung der Einrichtungen leichter wird und sich Beruf und Familie besser unter einen Hut bringen lassen. Das neue Gesetz wird die Qualifizierung und Vermittlung von Tagesmüttern und Tagesvätern unterstützen und erstmalig die Kindertagespflege landesgesetzlich regelt und finanziell fördern. Die bürokratische "Spitzabrechnung" soll beendet und die Finanzierung auf Pauschalen umgestellt werden.

In 2008 sind Insgesamt für die frühkindliche Bildung in NRW 969 Millionen Euro eingeplant; zusammen mit den Mitteln des Bundes (84 Mio. Euro) wird die Summe bei rd. 1,06 Mrd. Euro liegen. Nach der mittelfristigen Planung können im Jahr 2009 erstmals mehr als 1 Milliarde Euro für diesen Bereich eingesetzt werden und im Jahr 2010 weiter ansteigen. Mit dieser finanziellen Ausstattung wird Nordrhein-Westfalen nicht länger das Schlusslicht in der U 3 Betreuung sein. Und Nordrhein-Westfalen war 2005 - zusammen mit Niedersachsen - Schlusslicht unter 16 Bundesländern.

Am Gesetzentwurf, der dem Landtag vorliegt, werde es in diesen Tagen noch den letzten „Feinschliff“ geben, so Minister Laschet weiter. Die Anhörung im Landtag Anfang September 2007 habe eine Reihe von Hinweisen gegeben, die sehr ernst genommen werden. Mit den Regierungsfractionen werde geklärt, an welchen Stellen des Entwurfs Modifikationen noch sinnvoll und möglich sind. So soll u.a. die Beteiligung des Bundes beim Ausbau der U-3 Plätze im KiBiz berücksichtigt werden, d.h.: In Nordrhein-Westfalen soll es für Zweijährige ab dem Kindergartenjahr 2010/2011 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz geben! Für die Einrichtungen soll es ein Einrichtungsbudget geben, das am Ende eines Kindergartenjahres abgerechnet wird. Weichen Belegung und damit die Fördersumme eines Kindergartens um mehr als zehn Prozent von den Planungen ab, wird dies in der Abrechnung entsprechend berücksichtigt. Die Flexibilität und Planungssicherheit für die Träger soll auf diese Weise erhöht werden. Zugleich bleibt es dabei, dass der Zuschuss sich am Kriterium "Kind" und nicht am Kriterium "Gruppenzahl" bemisst.

Mit Blick auf die kommunalen Finanzen erklärte Minister Laschet, dass viele der Modifikationen am KiBiz, über die jetzt gesprochen werden, auf Vorschläge der Kommunen

zurückgehen. Gleichwohl sind die Auswirkungen auf die einzelnen Gemeindehaushalte noch nicht auf den letzten Cent auszurechnen. Sie werden auch lokal unterschiedlich sein. Generell aber gilt: Land wie Kommunen werden künftig mehr Geld für diese wichtige Aufgabe, für unsere Kinder, einsetzen.

In der sich anschließenden lebhaften Diskussion beantwortete Minister Laschet zahlreiche Fragen aus dem Plenum.

Als nächster Referent erläuterte *Markus Leßmann*, Beigeordneter beim Landkreistag NRW, das neue KiBiz aus Sicht der Kommunalen Spitzenverbände. Er betonte, dass es die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen begrüßen, dass der von ihnen gemeinsam mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege eingebrachte Lösungsvorschlag zur künftigen Kindergartenfinanzierung vom Koalitionsausschuss in weiten Teilen aufgegriffen wurde. Der Vorschlag mit konkreten Formulierungen zu den bisher im Gesetzgebungsverfahren zum Kinderbildungsgesetz streitigen Finanzierungsregelungen war Mitte September 2007 von der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege erarbeitet und den Landtagsfraktionen übersandt worden. Mit dem nun aufgegriffenen Vorschlag der Kommunen und der freien Wohlfahrtspflege werden die Risiken für die künftige Finanzierung der Kinderbetreuung zwischen Einrichtungs- und Finanzierungsträgern gerechter verteilt und eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzbarkeit und Praktikabilität des neuen Fördersystems geschaffen.

Anschließend nahm *Dr. Uwe Becker*, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, Stellung zum neuen Kinderbildungsgesetz aus der Sichtweise der Freien Wohlfahrtsverbände. Es folgte *Matthias Selle*, Fachbereichsleiter für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Recklinghausen, der KiBiz vom Standpunkt eines kommunalen Praktikers aus darstellte. Auf seinen Powerpoint-Vortrag auf der Homepage des Kämmererverbandes wird verwiesen.

Ministerialdirigent *Johannes Winkel* vom Innenministerium NRW erläuterte in seinem Vortrag „Aktuelles zum GFG 2008“ nochmals einige Eckpunkte zum Gemeindefinanzierungsgesetz des kommenden Jahres. Er bekräftigte, dass der kommunale Finanzausgleich in seiner Gestaltung wesentlich einfacher, transparenter und gerechter wird. Der Verbundsatz bleibt bei 23 %. Es gibt keine Abrechnungen mehr. Die Finanzausstattung der Kommunen wird sich durch die Zuweisungen des GFG 2008 erheblich verbessern, denn im Steuerverbund stehen 2008 über 7,3 Milliarden € zur Verfügung. Das sind fast 10 % mehr als im Vorjahr und damit der höchste Betrag seit 2001.

Wegen der intensiven Diskussionen im Verlauf der Tagung wurde auf eine ursprünglich geplante Podiumsdiskussion verzichtet. Nach einigen abschließenden Bemerkungen und Dankesworten an die Referenten schloss der Vorsitzende die gelungene Arbeitstagung.